

KDV Lichtenberg

Der Landesparteitag möge beschließen:

### **Eigenständigkeit der Bezirke erhalten – Personaleinsparungen verhindern**

Nach dem Beschluss des Hauptausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses vom 12. September 2012 müssen die Bezirke ihr Personal auf insgesamt 20.000 Vollzeitäquivalente reduzieren. Dies geht zurück auf den Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU, der das Ziel von 100.000 Beschäftigten in der Verwaltung vorsieht.

Ebenso wird dort die Berechnungsgrundlage der bezirklichen Personalzuteilung verändert: Nicht mehr die zu erledigenden Aufgaben sind Bemessungsgrundlage, wie es immer noch bei der Finanzaufteilung der Fall ist, sondern einzig und alleine die Einwohnerzahl. Nach den neuen Regeln ist es zum Beispiel vollkommen unerheblich, wie viele Kinder in einem Bezirk wohnen oder wie viele Kilometer Straße der Bezirk hat oder wie viel Grünfläche ein Bezirk anzubieten hat; die Anzahl der Mitarbeiter im Jugend-, im Grünflächen- und im Tiefbauamt hängen einzig und allein von der Bevölkerungsgröße ab.

Diese Regelung führt weiterhin dazu, dass im Wesentlichen nur die Bezirke Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg, Treptow-Köpenick, Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf Personal abbauen müssen. Dafür jedoch in solchen Größenordnungen, dass die genannten Bezirke nicht einmal mehr alle Kernaufgaben erfüllen können. Im Jugendbereich müssen die letzten kommunalen Jugendclubs in freie Trägerschaft übergeben werden. Sind diese Bezirke erst einmal auf ihre gesetzlichen Aufgaben zurechtgestutzt worden, ist es nur eine Frage der Zeit, bis die anderen Bezirke gezwungen werden, es ihnen gleichzutun.

Nicht einmal aus rein finanzpolitischen Gründen macht diese Maßnahme Sinn. Bezirke wie Lichtenberg, die eigentlich nach der Kostenleistungsrechnung „Gewinn“ erwirtschaften und sogar Personal einstellen wollen, wird dies verboten, nur um das politisch fragwürdige Ziel von 100.000 Beschäftigten zu erreichen.

Wir lehnen einen solchen Raubbau an der Bezirksverwaltung ab. Wir sind solidarisch mit den betroffenen Bezirken und wollen uns dem schrittweisen Abbau bezirklicher Selbstverwaltung entgegenstellen. Aus unserer Sicht darf der Staat Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht ausschließlich Privaten überlassen. Ein solch indirekter Zwang zur Privatisierung durch die Finanzverwaltung und dem Abgeordnetenhaus ist daher besonders verwerflich.

Wir fordern daher für die Bezirke das Recht, Personal selbstbestimmt halten und einstellen zu dürfen. Defizitäre Bezirke sind insoweit aus zu finanzieren, um mindestens eine elementare Versorgung sicherstellen zu können.